

Machteliten feierten 60 Jahre „Römische Verträge“ – den Bürgern in der EU war nicht danach zumute.

Machteliten und Profiteure der EU feierten am 25. März d. J. „60 Jahre „Römische Verträge“. Mit einer subtilen Salomitaktik (Leugnung von Finalitäten) war es ihnen gelungen, einen zentralistischen Moloch in Europa zu etablieren, der sich für ihre fundamentalen geopolitischen und strategischen Ziele, letztlich für ihre Machterhaltung eingesetzt hat.

Wir hingegen, die „Neutralen“ (*Bündnis Neutrales Freies Österreich*) können diesen Feiern absolut nichts abgewinnen. Wir sehen darin nicht mehr als eine „Marketing-Darbietung“, um unentschlossene EU-Bürger für das Pro-EU-Lager zu gewinnen.

Die weitgehende Abschaffung der Demokratie, Gewaltentrennung und Subsidiarität, Auswüchse der Zentralmacht in Brüssel, die zunehmende Zerstörung wertvoller Kulturen und christlich-abendländischer Werte (als „Harmonisierung“ schöngeredet) sind wahrlich kein Grund zum Feiern!

Seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht (1993) hat sich immer deutlicher gezeigt: Diese EU ist der Sargnagel Europas.

Was eine Mehrheit der Österreicher seit dem EU-Beitritt 1995 erwartet hatte, ist nicht eingetreten, weder die Respektierung der österreichischen Neutralität oder gar die europaweite Einführung einer militärischen Neutralität, noch eine Politik der Bürgernähe hin zu mehr echter Demokratie mit Bürgermitbestimmung nach dem Muster der Schweiz (Direkte Demokratie statt Eliten-Demokratie), noch ein solidarisches Europa, das auch die gerechte Verteilung des Wohlstandes für alle Bürger anstrebt, nicht einmal die Umsetzung des Grundsatzes der Subsidiarität. Eine Transfer-Union, die nach 60 Jahren von Kapitalmärkten und Finanzoligarchen gesteuert wird, und eine Rekordarbeitslosigkeit war von den beitrtrittswilligen Bürgern mit Sicherheit nicht erwartet worden.

Der Friedensgedanke mag 1957 bei der Gründung der Vorläufer-Gemeinschaften (EGKS, (EWG und EURATOM) eine gewisse Rolle gespielt haben, aber die Weiterentwicklung dieser Europäischen Gemeinschaften hin zur EU dieser Tage ist von Lügen, Gesetzesbrüchen (sogar eigener Verträge und Rechtsprechungsakte), Misswirtschaft und demokratiewidrigen Strukturen geprägt. (siehe Gesetzwerdungsverfahren in der EU oder die Entstehung des Maastricht-Vertrages unter ERT-Mitwirkung).

Wer die Integrationsmaßnahmen und Erweiterungen der EU über die letzten beiden Jahrzehnte beobachten konnte, wird zu einem ernüchternden Ergebnis kommen: Die europäischen Länder – deren Bürger – sind einander nicht einmal emotional näher gerückt, im Gegenteil. Die ärmeren Südstaaten fühlen sich von den dominanten Nordstaaten ungerecht behandelt, zwischenstaatliche Animositäten nehmen laufend zu, Beispiel Griechenland vs. Deutschland.

Zudem haben „totalitäre“ primärrechtliche Bestimmungen (Bsp. Warenverkehrsfreiheit: Transit hat Vorrang vor der Gesundheit der Anrainer an Transitstrecken) und bürgerfeindliche EU-Entscheidungen (CETA, TTIP, GVO-Regeln, geförderte Massenzuwanderung etc.) einen Kollaps der Sozialsysteme – auch in den sog. reichen (= hochverschuldeten) Ländern wahrscheinlicher gemacht. Wie wird es dann mit dem inneren Frieden in der EU aussehen?

Die Europäer sind nun verständlicherweise von den dutzenden nicht-eingehaltenen Versprechungen enttäuscht, wie z.B. dem „Friedensprojekt“ EU“, das alle möglichen Nachteile aufwiegen sollte. Davon übrig geblieben ist eine leere Worthülse. Auch die US-Amerikaner reden von „Frieden bringen“ und glauben anscheinend fest daran, abgeworfene Bomben würden das probateste Mittel dafür sein.

Wie sieht es mit dem „Frieden in der EU“ tatsächlich aus?

1. Dass der oft-zitierte „Friede in Europa seit 1945“ der EU/EG zu verdanken wäre, ist eine unbewiesene Hypothese.
2. Wer behauptet, es hätte in 72 Jahren auf unserem Kontinent keinen Krieg gegeben, ist – freundlich ausgedrückt – sehr vergesslich. Waren das in Serbien bzw. in Ex-Jugoslawien keine Kriege?
3. Kann man ohne rot zu werden von Frieden in Europa sprechen, wenn EU-Staaten schon seit Jahren, nein Jahrzehnten, in Kriege verwickelt sind (oder gilt für die EU die Kriegsdefinition der USA?): Was Deutschland in Afghanistan, im Irak und in Syrien (siehe Ramstein), und viele andere EU/Nato-Staaten mit militärischer Gewalt (Kampftruppen) machen, kann man wohl nur als Krieg bezeichnen. Aber man übernimmt lieber – ich kann es nicht anders bezeichnen – die heuchlerische Diktion der USA, deren Bürger ja auch „im Frieden leben“, währenddessen US-Soldaten oder Söldner Hunderttausende Menschen in nicht angepassten Ländern getötet haben, viele davon Zivilisten. Keines dieser Länder hat die USA oder ein EU-Land angegriffen, (ein völkerrechtlich erlaubter Verteidigungsfall ist also mit Sicherheit auszuschließen) aber die Regime wollten sich nicht den „Wünschen“ der USA/EU beugen, das war ihr Fehler. Es folgten Destabilisierungsmaßnahmen, Aufwiegelung und Aufrüstung oppositioneller Gruppen, schließlich Bombardierungen, um diesen widerspenstigen Ländern den „Frieden zu bringen“.

Was Österreich der EU darüber hinaus zu verdanken hat (sehr unvollständig):

- Die von der EU verordnete Massenzuwanderung („Flüchtlingskrise“) mit unabsehbaren Folgen: beispielsweise eine zunehmende Gefahr von terroristischen Anschlägen, weil wir als Nato-PfP-Partner die Kriege in den arabischen Ländern indirekt unterstützen und jeder Feindseligkeit eines EU-Landes schweigend zustimmen „müssen“. (Stichwort: Beistandspflicht in „terroristisch motivierten Kriegen“ und so werden alle Kriege seit 2001 definiert.)
- Die Zunahme der Arbeitslosigkeit (die EU-Kommission ist nur bemüht den internationalen Konzernen ihre Gewinne zu sichern – Stichwort CETA, TTIP, TISA und Liberalisierung sowie Privatisierung sogar lebensnotweniger Dienstleistungen: Wasser, Energie, Gesundheitswesen etc. Die Dienstleistungsfreiheit ruiniert nachweislich unsere kleinen Gewerbebetriebe. Sie werden im unfairen Wettbewerb mit den sozial minimalistischen Ost-Staaten nie mithalten können.
-

- Österreich muss Hunderte Millionen am EU-Förderprogramm (Euratom) für ausländische Kernkraftwerke mitzahlen, obwohl wir Österreicher die Nutzung der Kernenergie mit großer Mehrheit ablehnen.
- Wirtschaftssanktionen gegen Russland schaden der heimischen Wirtschaft und tragen den Keim zukünftiger militärischer Auseinandersetzungen mit einer Atommacht. Russland ist von zahlreichen Nato-Militärbasen regelrecht eingekreist und deshalb verständlicherweise um seine Sicherheit besorgt. Und solche Bedrohungsszenarien werden von der EU in zynischer Weise als Friedenspolitik verkauft!
- Das laufende Bauernsterben. Ein wesentlicher Grund dafür: Österreichs Bauern wurden dem unfairen globalen Wettbewerb ausgesetzt, können aber mit den größten Industriebetrieben am Weltmarkt nie mithalten können. Eine kleinstrukturierte Landwirtschaft, wie wir sie in Österreich überwiegend vorfinden, ist der EU ein Dorn im Auge. (Siehe strategische Ausrichtung „Europa 2020“). Damit droht eine gefährliche Unterversorgung mit Lebensmitteln für unsere Bevölkerung und eine drückende Abhängigkeit vom Ausland.
- Wir müssen bei allen „Rettungsschirmen“ (Bankenrettungsprogrammen, wie dem ESM mit seiner unglaublichen Machtvollkommenheit mitzahlen. Bisher ist Österreich bereits eine Zahlungsverpflichtung von über 21 Milliarden Euro eingegangen und diese Gelder können jederzeit abgerufen werden. Der ESM-Gouverneursrat selbst und alle seine weiteren Mitglieder, auch Angestellte, genießen „umfassende gerichtliche Immunität“, es gibt keine Kontrolle (unabhängig und von außen), wie die Milliarden wirklich zugeteilt werden. Das heißt im Klartext: Der ESM ist eine Institution außerhalb jeder demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrolle.
So schaut das Verständnis der EU-Eliten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aus.